

Lokales / Geilenkirchen

Fliegerhorst Teveren

Grüne fordern Nahwärmerversorgung

26. APRIL 2022 UM 06:00 UHR | Lesedauer: 6 Minuten



Die Straßen werden aufgerissen, neue Leitungen werden gelegt. Eigentlich sollten die Anwohner mit Gas versorgt werden. Doch die Gaspreise explodieren förmlich. Foto: MHA/Udo Stüßer

GEILENKIRCHEN. In diesem Jahr wird mit der Sanierung der Fliegerhorstsiedlung Teveren begonnen. Laut Plan sollen Gasleitungen gelegt werden. Die Gaspreise explodieren derzeit, deshalb fordern die Grünen eine klimafreundliche Nahwärmerversorgung. Der Stadtrat diskutiert darüber am Mittwoch.

VON UDO STÜSSER

Redakteur

Die Gas- und Ölpreise explodieren, ein Ende ist nicht in Sicht „Es wäre fahrlässig, so zu tun, als wäre die Welt noch so wie vor zwei Monaten“, sagt Jürgen Benden, Fraktionschef der Geilenkirchener Grünen, mit Blick auf den Krieg in der Ukraine und die damit verbundene drastische Erhöhung der Energiepreise. Nicht nur mit den steigenden Kosten, auch mit dem Klimawandel begründen die Grünen zwei Anträge, mit denen sich die Geilenkirchener Stadtverordneten beschäftigen müssen. Bereits an diesem Mittwoch wird sich der Stadtrat in seiner Sitzung ab 18 Uhr mit der künftigen Energieversorgung der Fliegerhorst-Siedlung beschäftigen.

Hier sollen die Sanierungsarbeiten schnellstmöglich beginnen, Straßen, Kanäle und Versorgungsleitungen sollen erneuert werden. Bisher sieht die Planung Gasleitungen vor. Aus Sicht der Grünen ist das keine zukunftsweisende Lösung. Deshalb haben sie die „Überprüfung aller Möglichkeiten für eine klimafreundliche Nahwärmeversorgung der Fliegerhorst-Siedlung“ beantragt.

Durch die Klimakrise sei eine schnelle Abkehr von fossiler Energie auch in Geilenkirchen erforderlich, zusätzlich sei seit Beginn des Krieges in der Ukraine die Unsicherheit auf dem Energiemarkt stark angestiegen, begründen die Grünen ihren Antrag. Ohne Import russischer Rohstoffe sei eine Lösung kurzfristig nicht in Sicht. „Langfristig wollen und müssen sich Deutschland und die EU daher unabhängig von Energie-Importen aus Russland machen“, heißt es in dem Antrag.



Wer jetzt kauft, muss sich möglicherweise auch für eine neue Heizung entscheiden. Wer kürzlich gekauft und bereits in eine neue Anlage investiert hat, hat eventuell ein Problem. Foto: MHA/Udo Stüßer

Vor diesem Hintergrund könne die Stadt nicht mehr verantwortungsbewusst in Erwägung ziehen, jetzt aktuell in der Siedlung und perspektivisch an anderer Stelle nur auf den Ausbau der Gasnetzinfrasturktur zu setzen. Die Fraktion habe in den vergangenen Wochen viele Gespräche geführt und nach machbaren Möglichkeiten einer nachhaltigen Nahwärmeversorgung gesucht. Hierzu hätten die Grünen unter anderem mit der Stadtentfalter GmbH, einer Tochter des Lokalversorgers NEW, Gespräche geführt und gute Ansätze für eine Umsetzung vor Ort gefunden.

„Mit innovativen und nachhaltigen Wärme- und Kältekonzepten ist es möglich, eine moderne und klimaverträgliche Versorgung mit Wärme und Warmwasser zu ermöglichen. Die Energie aus regenerativen Quellen, wie Umweltwärme, Solarenergie, Biomasse und vorhandener Abwärme kann besonders effizient genutzt werden, wenn gleich mehrere Gebäude oder ganze Stadtteilquartiere wie die Fliegerhorst-Siedlung über ein gemeinsames Nahwärmenetz versorgt werden“, erklärt Benden in seinem Antrag.

Davon würden alle an das Wärmenetz angeschlossenen Anwohner profitieren, denn diese müssten nicht mehr in eine eigene Heizungsanlage im Gebäude investieren und könnten beim Heizen auf klimafreundliche und Kohlendioxid-freie Energien umsteigen. Selten stehe man im Bestandsbau vor der Chance, dass ein ganzes Viertel umgestaltet werde, dass umfassende Tiefbauarbeiten erfolgen und es damit ein Leichtes sei, ein Nahwärmenetz aufzubauen. „Jetzt haben wir noch die Möglichkeit, gestaltend und zukunftsweisend in die Planung einzugreifen, bevor uns dies für Jahrzehnte an dieser Stelle verwehrt bleibt“, erklärt Benden.

Im Gespräch mit unserer Zeitung erinnert Benden auch an die Vorgaben der Bundesregierung, dass ab dem Jahr 2025 bei der Einrichtung einer neuen Energiequelle 65 Prozent des Bedarfs durch erneuerbare Energie gedeckt werden müssen und nur 35 Prozent aus Gas oder Öl. „In der Siedlung müssen auf jeden Fall neue Rohre gelegt werden. Da ist Gas in der heutigen Zeit keine Alternative. Wir sollten eine Fachfirma hinzuziehen, die uns die technischen Möglichkeiten erläutert“, sagt Benden und weist auf die Vorteile dieser Art von Energierversorgung hin: Einmalige Anschlusskosten in Höhe von etwa 5000 bis 8000 Euro, keine Rücklagen für den späteren Kauf einer neuen Heizung, keine Wartungskosten, keine Reinigungskosten für den Schornsteinfeger, keine Tanksanierung oder -reinigung.

Auch die Verwaltung begrüße seinen Antrag, sehe aber auch „Schwierigkeiten“, wie Benden sagt. „Aber unsere Verwaltung hat immer konservativ gedacht, auch dann, wenn manche Dinge in anderen Kommunen längst Standard waren“, ärgert sich der Grünen-Fraktionschef. Er fordert, zeitnah eine Bürgerversammlung einzuberufen, mit dem Ziel, eine Informationskampagne zu energieeffizienten Nahwärmelösungen zu starten. 80 bis 90 Prozent der Anwohner müssten sich dafür entscheiden.

„Der Antrag kommt zur richtigen Zeit“, erklärt Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld auf Anfrage unserer Zeitung. Sie bereitet eine Stellungnahme für die Ratssitzung vor. Man müsse über den Antrag diskutieren und dürfe dem Bürger nichts aufzwingen. Außerdem wolle sie noch Gespräche mit dem Energieversorger führen. Wolle man auf Nahwärmeversorgung umsteigen, müsse man alle Bewohner ins Boot holen. „Es gibt aber auch Menschen, die kürzlich ihr Haus gekauft und in eine neue Heizungsanlage investiert haben“, gibt sie zu bedenken.

Um kosteneffiziente Energieerzeugung geht es in einem zweiten Antrag der Grünen, mit dem sich zunächst der Umwelt- und Bauausschuss in seiner Sitzung am Dienstag, 31. Mai, 18 Uhr, beschäftigen wird. Die Grünen fordern die Einführung einer Photovoltaikpflicht bei allen Neubauvorhaben und Dachsanierungen in der Stadt Geilenkirchen. Die Bundesregierung habe sich zum Ziel gesetzt, 80 Prozent des Stromes aus erneuerbaren Energien zu decken. Dem Ausbau von Photovoltaik komme die größte Bedeutung zu, da Solarstrom die kosteneffizienteste Energieerzeugungstechnologie darstelle. Das Ziel von 22 Gigawatt Photovoltaik-Zubau pro Jahr lasse sich nur leisten, wenn alle möglichen Flächen dazu genutzt werden. „Durch die Einführung einer Photovoltaikpflicht in Bebauungsplänen kann Geilenkirchen einen großen Beitrag leisten und seiner Selbstverpflichtung aus dem Gigawattpakt einen großen Schritt näher kommen“, erklärt Benden. Für private Hausbesitzer und Gewerbetreibenden sei die Nutzung von selbst erzeugtem Photovoltaik-Strom neben der ökologischen Notwendigkeit eine höchst wirtschaftliche Option.

Dass eine Kommune das Recht hat, eine Photovoltaikpflicht für Neubauten einzuführen, schreibt Professor Dr. Klaus Joachim Grigoleit in einem Rechtsgutachten zu „Landesrechtliche Möglichkeiten einer verpflichtenden Nutzung der Solarenergie an und auf Gebäuden in Nordrhein-Westfalen“ für den Parlamentarischen Beratungs- und Gutachterdienst: „Neben einer landesweiten Regelung besteht ebenfalls die Möglichkeit, die Solarpflicht lediglich auf kommunaler Ebene zu verwirklichen. Hier sind mehrere Varianten denkbar. So könnte eine Satzung in Form einer örtlichen Bauvorschrift erlassen werden. Zudem können Festsetzungen im Bebauungsplan zur Einführung einer Solarpflicht führen. Zuletzt sind vertragliche Regelungen denkbar.“ Die Planungshoheit der Gemeinde gehöre zu den Kernbestandteilen des gemeindlichen Selbstverwaltungsrechts.